

sich zumeist im städtischen Bereich finden, sog. *minban*-Schulen, wörtlich: vom Volk betriebene Schulen, also nichtstaatliche Schulen, die von Kollektiven, Organisationen oder Einzelpersonen eingerichtet und betrieben werden. Sie befinden sich vor allem auf dem Lande. Sie wurden bereits in der Kulturrevolution zur Entlastung des Staatshaushalts und als Ausdruck lokaler Autonomie eingerichtet. Da sich China auch heute ein allgemeines staatliches Schulwesen aus finanziellen Gründen nicht leisten kann, nehmen die *minban*-Schulen im Bildungssystem der Reformperiode ebenfalls einen wichtigen Platz ein. Ein großer Teil von ihnen ist allerdings mit schweren Problemen behaftet; vor allem leiden viele unter Geldmangel, mangelnder Qualifikation ihrer Lehrer und mangelhafter Ausstattung. Deshalb geht die Tendenz im Grunde dahin, die *minban*-Schulen zumindest als Regelschule abzuschaffen, doch auf absehbare Zeit sind sie unverzichtbar, und die Regierung ruft die Gesellschaft sogar auf, solche Schulen zu gründen.

In diesem Zusammenhang sind jüngste Äußerungen des Erziehungsministers Zhu Kaixuan von Interesse, die dieser in einem Artikel in der *Volkszeitung* machte (RMRB, 4.8.93). Darin bezeichnete Zhu die *minban*-Schulen als eine gute Sache, die der Staat unterstütze. Als *minban*-Schulen, so der Minister, würden Schulen bezeichnet, die von den verschiedenen Parteien, von gesellschaftlichen Gruppierungen, Kollektivorganisationen und einzelnen Bürgern geführt würden. Es gebe jetzt sogar öffentliche Schulen (*gongban xuexiao*), die in *minban*-Schulen umgewandelt würden. Die *minban*-Schulen seien wichtig, weil sie das Engagement der Gesellschaft und der Bürger für das Schulwesen mobilisiere, das staatliche Monopol für das Betreiben von Schulen aufhebe und den Staat finanziell entlaste.

Der Minister nannte auch Zahlen: In ganz China gebe es über 20.000 *minban*-Schulen, einschließlich Kindergärten. Diese Zahl gliedert sich nach seinen Ausführungen wie folgt auf:

- 1.600 Grund- und Mittelschulen mit nahezu 200.000 Schülern
- 13.800 Kindergärten mit über 530.000 Kindern
- 10 staatlich anerkannte Hochschulen (davon 7 reguläre und 3 für Erwachsenenbildung)

- 40 Institutionen, die gemeinsam von gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Organisationen oder Unternehmen betrieben werden und Studiengänge auf Hochschulebene anbieten
- ca. 500 tertiäre Bildungsinstitutionen, die die Anerkennung der Provinzebene haben und einzelne Kurse anbieten (vergeben keine Diplome über formale Studiengänge, sondern nur Zeugnisse über die jeweiligen Kurse)
- über 10.000 Schulen für beruflich-technische Bildung, Bildung für das gesellschaftliche und kulturelle Leben, Ergänzungs- und Fortbildungsstudium ohne formale Studiengänge.

Damit nehmen die *minban*-Schulen nur einen sehr geringen Teil im gesamten Schulwesen Chinas ein. Die Zahl der Schulen (Hoch-, Mittel-, Grundschulen sowie Kindergärten) in China beträgt laut Statistischem Jahrbuch (1992) knapp 1 Million, wobei jedoch unklar ist, ob die *minban*-Schulen darin enthalten sind.

Trotz seines Lobes für die *minban*-Schulen verschwieg Zhu Kaixuan keineswegs deren Probleme. So bemängelte er u.a., daß die Qualität vieler Schulen unzureichend sei, daß einige Schulen unautorisiert Diplome vergäben und nur auf Profit aus seien. Seiner Meinung nach sollten nichtöffentliche Schulen hauptsächlich in den Bereichen Elementarbildung, beruflich-technische Bildung, Weiterbildung und Nachhilfe tätig werden, wobei der Schwerpunkt auf den beiden ersten liegen sollte. Auf dem Lande, insbesondere in gebirgigen und armen Gegenden, sollen vorwiegend Grund- und Internatsschulen eingerichtet werden, in den Städten *minban*-Schulen für Kinder von Leuten, die sich permanent in der Stadt aufhalten, dort jedoch kein Haushaltsregister haben.

Grundsätzlich befürwortete der Minister auch *minban*-Schulen im tertiären Bereich. Für deren Gründung sei jedoch die Genehmigung der lokalen Behörden und danach der Staatlichen Erziehungskommission erforderlich. Außerdem müsse der Staat hier besonders darauf achten, daß die Diplome solcher Schulen dem Standard entsprächen.

Ausführlich äußerte sich Zhu Kaixuan zu dem derzeit viel diskutierten Problem sogenannter "Aristokraten-schulen" (*guizu xuexiao*). Bei ihnen handelt es sich um exklusive, sehr teure Privatschulen für Kinder wohlhabender Eltern, die in jüngster Zeit zunehmend gebaut werden. "Aristokraten" heranzubilden, so der Minister, widerspräche der chinesischen Bildungspolitik, und Schulen mit einem solchen Bildungsziel müßten ihre Richtung ändern. Zugleich aber hatte er keine Einwände gegen Schulen, die sich aufgrund hoher Schulgelder eine bessere Ausstattung und bessere Lehrer leisten können, selbst wenn sie nur den Reichen zur Verfügung stünden. Die Hauptsache sei, daß diese Schulen sich an die staatliche Bildungspolitik hielten und dem öffentlichen Wohl dienten. Deshalb dürften sie auf keinen Fall das Ziel verfolgen, Profite zu machen. Gewinne müßten für die Schule verwendet werden.

Zum Schluß kündigte der Minister an, daß die Staatliche Erziehungskommission gerade dabei sei, neue Bestimmungen für *minban*-Schulen auszuarbeiten. Man wolle diesen Schulen die richtige Führung geben und die Kontrolle über sie stärken, damit sie schrittweise standardisiert und den Gesetzen unterworfen würden.

Den Ausführungen des Ministers ist zu entnehmen, daß die Regierung bis auf weiteres davon absieht, ein einheitliches öffentliches Schulsystem einzuführen. Statt dessen läßt sie gemäß dem allgemein propagierten Grundsatz der ungleichen Entwicklung verschiedene Strukturen, Finanzierungsformen und Qualitätsunterschiede gelten. Doch haben sich alle Schulen an den staatlichen Rahmenplänen zu orientieren. -st-

Außenwirtschaft

*(24)

Sino-indonesische Wirtschaftskooperation

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1990 hat sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Indonesien schrittweise intensiviert. Zu dieser Entwicklung haben nicht nur die zahlreichen

offiziellen Besuche von Regierungsdelegationen beider Länder beigetragen, sondern auch das Interesse der Auslandschinesen in Indonesien.

Außenhandel:

Das beidseitige Außenhandelsvolumen hat sich innerhalb der letzten drei Jahre nahezu verdoppelt. Während Indonesien seine Ausfuhren nach China ebenfalls fast verdoppeln konnte, haben sich die chinesische Exporte nur relativ geringfügig um rund 100 Mio. US\$ erhöht. Dementsprechend vergrößerte sich das chinesische Defizit im Handel mit Indonesien kontinuierlich.

Außenhandel China/Indonesien 1990-1992
(Mrd.US\$; Veränderung: Vorjahr = 100)

	1990	1991	Ver- änd.	1992	Ver- änd.
Gesamt	1,182	1,884	159,4	2,025	107,5
Exporte	0,379	0,481	126,9	0,471	97,9
Importe	0,803	1,403	174,7	1,554	110,8
Saldo	-0,424	-0,922		-1,083	

Quelle: *Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade, 1992/1993; China's Customs Statistics, Series 40, No.1/1993.*

Die wichtigsten Importe aus Indonesien waren 1992 Erdöl (719 Mio.US\$) sowie Holz- und Holzprodukte (608 Mio. US\$), während China vor allem Pflanzliche Produkte (83 Mio.US\$), Textilien (73 Mio.US\$), Chemikalien (70 Mio.US\$) sowie NE-Metalle (50 Mio.US\$) exportierte.

Großaufträge, technische Zusammenarbeit und Joint Ventures:

China erhielt 1990 den Auftrag zum Bau des ersten privaten Kraftwerkes in Indonesien, das im Sommer 1992 fertiggestellt wurde. Das Kraftwerksprojekt mit einer Anfangskapazität von 35 MW wurde für das Sinar Mas Konglomerat erstellt und sah Anschlußaufträge über weitere Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 175 MW vor. Chinesische Unternehmen (Dongfang Boiler Work, Sichuan, China Machinery Exports & Imports Co., Southwest China Electric Power Engineering Design Institute und Gansu Thermal Power Engineering Co.) waren die Hauptkontraktoren und die taiwanesischen Ret-set Engineering Construction Agency Subkontraktor. Das Auftragsvolumen belief sich auf rd. 200 Mio. US\$. Bei der Auftragsvergabe an China war sicherlich das günstige Preis-Leistungsverhältnis wichtig, doch werden wohl die Verbindungen zu chinesischstämmigen Unternehmern in Indonesien eine ebenso wichtige Rolle gespielt haben. (NfA, 13.8.92)

Im August 1993 wurde zwischen Indonesien ein neues Kraftwerksprojekt beschlossen, das zwei Blöcke mit einer Kapazität von jeweils 210 MW vorsieht. Die chinesischen Vertragspartner sind die China Machine Building International Co. sowie China Harbin Power Plan Equipment Group Co.; der indonesische Auftraggeber ist das Privatunternehmen Bukit Sunur Wijaya Co. China wird für das Kraftwerk die Ausrüstungen im Werte von rd. 200 Mio.US\$ liefern und indonesische Arbeitskräfte für die spätere Bedienung des Kraftwerkes ausbilden.

Lu Yansun, stellvertretender Maschinenbauminister, sieht gute Voraussetzungen für eine weitere Intensivierung der Kooperation zwischen Indonesien und China im Bereich des Kraftwerksbaus. Chinesische Techniker hätten besonders viele Erfahrungen im Bau kleiner und mittelgroßer Kraftwerke, für die Kohle mit niedriger Qualität verwendet werden müßte. (XNA, 22.8.93)

Von indonesischer Seite besteht der Plan zum Bau eines Industrieparks für exportorientierte Unternehmen in der Provinz Fujian. Zusammen mit singapurischen Unternehmen und Singapurs Spitzenbankier Wee Cho Yaw hat Indonesiens größter Privatunternehmer Liem Sioe Liong (Salim-Gruppe) Ende 1992 ein Konsortium gegründet, das den Industriepark als Investitionsstandort vor allem für Unternehmen aus Thailand, Singapur, Hongkong, Japan und multinationalen Gesellschaften im Bereich der Leicht- und Mittelindustrie anbieten will. Die Kosten des Projekts in der ersten Phase, in der ein Fünftel des Industrieparks erschlossen werden soll, werden sich auf ca. 300 Mio.US\$ belaufen. (Antara, 30.11.92, in: SOAa, 1993/1, Ü48).

Der "chinesische Faktor" spielt auch bei der Bildung eines Joint Ventures in der Stadt Dalian (Provinz Liaoning) die entscheidende Rolle. So wurde im Frühjahr d.J. ein Kooperationsunternehmen zwischen der China Industrial Management (Holdings), die eine 100%ige Tochter der China Strategic Investment Ltd. in Hongkong ist, die wiederum von dem indonesischen Geschäftsmann Oei Hong Leong kontrolliert wird, und dem staatlichen Unternehmen Dalian Light Industry gegründet. Das Joint Venture, die Dalian CSI Industrial Co, wird 101 Fabriken kontrollieren, die unterschiedliche Produktionsbereiche umfassen und in denen

insgesamt 50.000 Arbeitskräfte beschäftigt sind. In das Kooperationsunternehmen, das eine Kapitalausstattung von 957 Mio.HK\$ (123,8 Mio. US\$) aufweist, wird die China Industrial Management 488,1 Mio.HK\$ in Bargeld einbringen und Dalian Light Industry Anlagevermögen im Werte von 469 Mio.HK\$.

Dies ist bereits das zweite Joint Venture, das China Strategic Investment eingeht. Bereits im Juli 1992 kündigte das Unternehmen an, daß es einen Anteil von 60% in einem Kooperationsunternehmen in der südöstlichen Küstenstadt Quanzhou erworben habe; hierbei ging es um die Übernahme aller 41 staatseigenen Unternehmen in Quanzhou. (IHT, 11.3.93) -schü-

*(25)

Wirtschaftskooperation mit Malaysia

Die Annäherung zwischen Malaysia und China hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, insbesondere seit 1992. So wurden im letzten Jahr acht Abkommen auf Regierungsebene z.B. über die Vermeidung der Doppelbesteuerung, Seetransport, Luftfahrtverbindungen, Handel, Investitionsschutz und über die Gründung eines gemeinsamen Wirtschaftskomitees abgeschlossen. (C.a., 1993/6, Ü 3)

Außenhandel:

Der bilaterale Außenhandel zwischen China und Malaysia entwickelte sich kontinuierlich in den letzten drei Jahren und weist 1992 im Vergleich zu 1990 ein um rd. 25% höheres Volumen auf. Obwohl sich Chinas Exporte nach Malaysia in diesem Zeitraum verdoppelten, besteht nach wie vor eine negative Handelsbilanz, wenn auch nur noch auf einem relativ niedrigen Niveau.

Außenhandel China/Malaysia 1990-1992
(Mrd.US\$; Veränderung: Vorjahr = 100)

	1990	1991	Ver- änd.	1992	Ver- änd.
Gesamt	1,182	1,332	112,7	1,474	110,7
Exporte	0,341	0,528	154,8	0,645	122,2
Importe	0,842	0,804	95,5	0,829	103,1
Saldo	-0,501	-0,276		-0,184	

Quelle: *Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade, 1992/1993; China's Customs Statistics, Series 40, No.1/1993.*

Zu den wichtigsten Exporten Chinas nach Malaysia zählten 1992 Getreide (157 Mio.US\$), Maschinen und elek-

trische Produkte (99,7 Mio. US\$), Metalle (66 Mio. US\$), chemische Produkte (65 Mio. US\$) sowie Textilien (53 Mio. US\$). Aus Malaysia importierte China insbesondere Holz und Holzkohle (354 Mio. US\$), pflanzliche Öle (1984 Mio. US\$) sowie mineralische Brennstoffe (76 Mio. US\$).

Um eine Ausweitung der Exportchancen für malaysisches Palmöl zu begünstigen, reiste Lim Keng Yaik, Minister der Grundstoffindustrie Malaysias, im August nach China. Das Angebot sieht die Einräumung einer langfristigen Kreditfazilität über 100 Mio. US\$ vor, die für den Ankauf von jährlich mindestens 300.000 t Palmöl zur Verfügung gestellt werden sollen. Hiermit sollen chinesische Unternehmen bei möglichen Devisenproblemen unterstützt werden. Malaysia hofft auch, daß China zukünftig die Importzölle für Palmöl von derzeit 28% auf 20% senken wird. Die steigende Nachfrage nach Palmöl in China ist vor allem auf den Ausbau der Kosmetik- und Lebensmittelindustrie zurückzuführen. (XNA, 7.8.u.10.8.93)

Im letzten Jahr importierte China 854.000 t Palmöl, davon 60% oder 550.830 t aus Malaysia. Auch als Lieferland von Kakaobohnen steht Malaysia an erster Stelle. Von den insgesamt 1992 importierten 30.870 t Kakaobohnen kamen 21.650 t aus Malaysia. (XNA, 7.8.93; FT, 10.8.93)

Großaufträge, technische Zusammenarbeit und Joint Ventures:

Inzwischen gibt es die ersten malaysischen Auslandsinvestitionen in China. Von chinesischer Seite wurden Ende 1991 74 Projekte mit malaysischen Investitionen genannt, die eine vertragliche Investitionssumme von 60 Mio. US\$ aufwiesen. Bis Mitte 1992 gab es 54 neue Projekte mit vertraglich zugesagten Investitionen in Höhe von 47 Mio. US\$. (XNA, 12.11.92) Der chinesische Minister für Leichtindustrie, Zen Xianlin, berichtete Ende 1992 über malaysische Gesamtinvestitionen mit einem Volumen von 520 Mio. US\$. (XNA, 30.12.92) Offizielle Angaben der malaysischen Regierung berichten von 37 Unternehmen mit Direktinvestitionen in China. (SOAa, 1993/4, Ü 20)

Ende 1992 sagte beispielsweise der malaysische Unternehmer Robert Kuok Investitionen in Höhe von 400 Mio. US\$ für den Bau eines Einkaufszentrums in Shanghai Distrikt

Zhabei zu. Hier besteht die Planung für das "Everbright City"-Projekt, das ein Investitionsvolumen von rd. 2,7 Mrd. US\$ umfaßt und auf einer Fläche von 1,24 km² auch Büro- und Wohnhäuser sowie Unterhaltungseinrichtungen bieten wird. (ASWJ, 16.11.92).

Auch China ist an Investitionsprojekten in Malaysia interessiert, und 34 chinesische Unternehmen sollen bereits dort mit vertraglich vereinbarten Investitionen von rd. 104 Mio. US\$ vertreten sein. (SOAa, 1993/4, Ü 20)

Zu den kürzlich abgeschlossenen Kooperationsprojekten zählt beispielsweise das vom chinesischen Stahlkonzern Jinan Iron and Steel General Works eingegangene Joint Venture über den Bau eines Stahlwerkes mit einer 80%igen Beteiligung. Vertragspartner sind ein singapurisches und ein malaysisches Unternehmen, die die restlichen 20% stellen. Vorgehen ist der Bau eines Warmwalzwerkes mit Investitionskosten in Höhe von 167 Mio. Ringgit (rd. 107 Mio. DM), das eine Produktionskapazität von 200.000 t warmgewalzten Stahlprodukten wie Blechen, Bändern und Platten aufweisen wird. (NfA, 29.3.93)

Nach Einschätzung des stellvertretenden malaysischen Ministers für Außenhandel und Industrie, Chua Jui Meng, beständen gute Voraussetzungen für eine Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit. Chua Jui Meng, der im Dezember 1992 eine Ausstellung der Sonderwirtschaftszone Xiamen in Kuala Lumpur eröffnete, hob die besonderen Vorteile beider Länder hervor. Malaysia böte Managementwissen, Investitionskapital und die Kenntnis der internationalen Märkte, während China über ein reiches Angebot von Arbeitskräften mit einem niedrigen Lohnniveau verfügen würde. Er forderte die malaysischen Unternehmer auf, den chinesischen Markt für sich zu erschließen und Investitionen in China vorzunehmen. Chua Jui Meng lobte die Aktivitäten der chinesischen Unternehmen, die 1991 elf Ausstellungen allein durchgeführt hatten und an fünf internationalen Messen in Malaysia beteiligt waren. (XNA, 6.12.92)

Der gegenseitige Besuch von hochrangigen Regierungsvertretern und Wirtschaftsdelegationen in den letzten Jahren fand mit der Reise von Malaysias Ministerpräsident Mahathir (C.a., 1993/6, Ü 3) nach China im Juni ihren Höhepunkt. Bei diesem zweiten Be-

such Mahathirs seit 1985 wurden u.a. 30 Vereinbarungen und Memoranden über die Gründung von gemeinsamen Unternehmen und anderen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Wert der abgeschlossenen Handels- und Investitionsverträge wird mit 1,5 Mrd. RM (ca. 586 Mio. US\$) angegeben. -schü-

*(26)

Boom im Grenzhandel mit Vietnam

Anfang August d.J. wurde in der Stadt Pingxiang, die im Südwesten der Provinz Guangxi liegt und an Vietnam grenzt, ein Handelszentrum eröffnet. Für den Bau von zahlreichen Handelsgeschäften auf einer Gesamtfläche von 89 Hektar wurden in Pingxiang insgesamt 730 Mio. Yuan investiert. (XNA, 9.8.93)

Im letzten Jahr hatte die Zentralregierung sowohl den Städten Pingxiang und Dongxing in der Provinz Guangxi als auch der Stadt Hekou in der Provinz Yunnan einen Sonderstatus eingeräumt. Hierzu zählt beispielsweise, daß der Grenzhandel von Zöllen ausgenommen wird und Investoren besondere Vergünstigungen geboten werden können. (XNA, 7., 9.8.93)

Das Volumen des Grenzhandels der Städte Pingxiang und Dongxing belief sich 1991 auf rund 400 Mio. Yuan. (XNA, 7.8.92) Im Jahre 1992 stieg das Grenzhandelsvolumen allein in Pingxiang auf mehr als 600 Mio. Yuan. (SCMP, 11.1.93)

Insgesamt wurden 36 Handelsstationen entlang der Grenze zwischen Vietnam und Guangxi geöffnet. Der Boom im Handel mit Vietnam schlug sich für die gesamte Provinz Guangxi in einem Grenzhandelsvolumen von 2,6 Mio. Yuan nieder. (SCMP, 11.1.93)

Chinesische Produkte im Grenzhandel sind vor allem Baumaterialien, Maschinen, Industriegüter des täglichen Bedarfs, Lebensmittel sowie traditionelle chinesische Medizin. Vietnamesische Händler bieten Fischfangprodukte, Holz, Gummi und Mineralien an. (XNA, 7.8.92)

Der gesamte bilaterale Außenhandel zwischen Vietnam und China entwickelte sich in den letzten drei Jahren sehr dynamisch, obwohl das statistisch ausgewiesene Niveau noch sehr gering ist. Für Vietnam sind die wichtigsten

Handelspartner bisher noch andere asiatische Länder wie Singapur, Japan, Hongkong, Südkorea und Taiwan. (AWSJ, 3.8.92)

Da viele Güter außerhalb der offiziellen Handelskanäle ihren Weg nach Vietnam bzw. China finden, kann davon ausgegangen werden, daß das tatsächliche Handelsvolumen um einiges größer ist. Vietnamesische Unternehmen hatten sich im letzten Jahr bereits beklagt, daß sie von geschmuggelten Billigtextilien und anderen Produkten überschwemmt würden. (IHT, 15.7.92)

und Marinebereichs sowie des Post- und Fernmeldeverkehrs. Weiterhin erfolgte im Dezember 1992 der Abschluß von vier Abkommen über Investitionsschutz, Zusammenarbeit in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. (Siehe hierzu: O.Weggel, "Gesamtbericht Vietnam, Kambodscha, Laos", in: SOAa, 1993/1). -schü-

*(27)

Sonderwirtschaftszonen: Paradeperle des chinesischen Außenhandels

Das Außenhandelsvolumen der fünf Sonderwirtschaftszonen (SWZ) Shenzhen, Zhuhai, Shantou (Provinz Guangdong), Xiamen (Provinz Fujian) und Hainan (Provinzstatus) machte im 1.Halbjahr rd. 15% des gesamten chinesischen Außenhandelswertes aus. Insgesamt belief sich das Außenhandelsvolumen der SWZ auf 12,1 Mrd. US\$, ein Anstieg um 17,8% gegenüber der Vorjahresperiode. Die SWZ realisierten Exporte in Höhe von 5,8 Mrd. US\$ und Importe von 6,3 Mrd. US\$. Die Anteile an der gesamten Ein- und Ausfuhr betragen 15,6% und 15,5%.

Der überwiegende Anteil der Exporte der SWZ besteht aus weiterverarbeitenden Produkten, die im 1.Halbjahr 89% der gesamten Exporte der SWZ ausmachten. Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Maschinen und elektronische Produkte (Exportwert 2,1 Mrd. US\$), Bekleidung (1,2 Mrd. US\$), Textilprodukte (560 Mio.US\$) sowie Schuhe (210 Mio.US\$).

Auch bei den Importen besteht der größte Anteil, nämlich 86%, aus weiterverarbeiteten Produkten. Die fünf SWZ importierten im 1.Halbjahr vor allem Textilmaschinen (Importwert 100 Mio.US\$), Bildröhren für Fernsehgeräte (100 Mio.US\$), Kfz und Fahrgestelle (140 Mio.US\$), Walzstahl (630 Mio.US\$) sowie Erdöl (350 Mio. US\$).

Shenzhen hält unter den fünf SWZ den größten Anteil mit einem Außenhandelsvolumen von 6 Mrd.US\$ (Exporte 3,08 Mrd.US\$ und Importe 2,92 Mrd. US\$) und wird gefolgt von Shantou mit 1,9 Mrd.US\$, Xiamen mit 1,6 Mrd. US\$, Zhuhai mit 1,5 Mrd. US\$ sowie Hainan mit 1,1 Mrd. US\$. (CD, 9.8.93; Ming Bao, Hongkong, in Chinese, 25.8.93, in SWB: 1.9.93)

Nach Einschätzung von Hu Ping, Direktor des Büros für Sonderwirtschaftszonen beim Staatsrat, weisen

die SWZ noch immer ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten und regionale Vorteile auf, um sie für ausländische Investoren interessant zu machen. Jedoch könnten sich die SWZ nicht allein auf Vorzugsbedingungen bei Steuern, Gewinnen, Immobilienpreisen, etc. verlassen, die ebenfalls eine Reihe von anderen Städten anbieten würden. Die besonderen Vorteile der SWZ seien die relativ hohe Kapitalbildung, das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte sowie die Weltmarktnähe. Außerdem verfügten sie nach wie vor über einen komparativen regionalen Vorteil aufgrund ihrer Nähe zu Hongkong, Macao und Taiwan. Auch der Abzug eines Teils der Finanzmittel und Bankkredite der Inlandsprovinzen, die in den SWZ investiert hatten, wird Hu Ping zufolge keine größeren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der SWZ haben können. (Ming Bao, Hongkong, in Chinese, 25.8.93, in SWB: 1.9.93) Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit den Konjunkturdämpfungsmaßnahmen, zu denen u.a. der Rückruf von entgegen den Vorschriften ausgegebener Kredite zählt. -schü-

*(28)

Verliert China seinen komparativen Lohnkostenvorteil?

Die allgemeine Verteuerung der Arbeitskraft macht sich auch in den sino-ausländischen Unternehmen bemerkbar, deren Personalkosten in den letzten drei Jahren stark gestiegen sind. In Beijing beispielsweise zahlt ein typisches Joint Ventures der verarbeitenden Industrie inzwischen einem Arbeiter einen Lohn in Höhe von 800 HK\$ (rd. 600 RMB). Zusammen mit Zusatzleistungen für Wohnungen, Bekleidung, medizinischen und anderen Sonderleistungen belaufen sich die Personalkosten pro Kopf auf inzwischen rund 3.000 HK\$ (rd. 2.230 RMB). In manchen Unternehmen stiegen die Personalkosten sogar seit 1990 um das Doppelte. Damit reduziert sich dieser komparative Kostenvorteil für China im Vergleich zu den Ländern wie Thailand, Indonesien und den Philippinen, die teilweise niedrigere Lohnkosten aufweisen.

Am stärksten sind von der Kostenentwicklung die Unternehmen im High-Tech-Bereich betroffen, die gut ausgebildete Techniker und Wissenschaftler beschäftigen. Während Mitte der 80er Jahre die Personalkosten für diese

Außenhandel China/Vietnam 1990-1992
(Mrd.US\$; Veränderung: Vorjahr = 100)

	1990	1991	Ver- änd.	1992	Ver- änd.
Gesamt	0,007	0,031	442,9	0,179	577,4
Exporte	0,004	0,021	525,0	0,106	504,8
Importe	0,003	0,011	366,7	0,073	663,6
Saldo	+0,001	+0,010		+0,033	

Quelle: *Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade, 1992/1993; China's Customs Statistics, Series 40, No.1/1993*

Nach Angaben der Zollbehörden zählen zu den wichtigsten Exportgütern Chinas im gesamten Außenhandel mit Vietnam Eisen und Stahl, anorganische Chemikalien, Dieselöl, Kerosin sowie Baumaterialien, während Vietnam in erster Linie Rohöl, Früchte, Nüsse sowie tierische und pflanzliche Fette handelt. (XNA, 28.11.92)

Nach Angaben von Daung Oc Xuan, Direktor der staatlichen Komitees für Kooperation und Investitionen in Vietnam, begrüßt die vietnamesische Regierung auch Investitionen aus China. Bis Anfang 1993 seien zehn Projekte mit chinesischen Investitionen registriert; den Investitionsumfang nannte er nicht. (XNA, 1.1.93) Wichtigster ausländischer Investor in Vietnam ist Taiwan (755,4 Mio.US\$), gefolgt von Hongkong (460,4 Mio.US\$). (AWSJ, 3.8.92)

Die Grundlage für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation wurde seit 1989 durch den gegenseitigen Besuch hochrangiger Delegationen und den Abschluß einer Reihe von Abkommen auf Regierungsebene gelegt. Von weitreichender Bedeutung waren dabei das im August 1991 unterzeichnete Abkommen zur Normalisierung der beidseitigen Beziehungen sowie die im März 1992 abgeschlossenen Verträge im Bereich des Bahn-, Flug-

Gruppe noch sehr niedrig waren, hat sich aufgrund der gestiegenen Nachfrage die Verhandlungsposition dieser hoch qualifizierten Arbeitskräfte deutlich verbessert. (SCMP, 9.8.93)

Die Personalkosten für chinesische Manager, die in Niederlassungen ausländischer Unternehmen oder Joint Ventures arbeiten, betragen einer Untersuchung des international arbeitenden Personalberatungsunternehmens Wyatt Co. zufolge im Durchschnitt das 13fache eines einfachen Arbeiters. In den von Wyatt Co. landesweit untersuchten 58 Unternehmen betrug das Gehalt eines chinesischen Managers in einer ausländischen Repräsentanz im Durchschnitt 6.600 US\$ (rd. 38.000 RMB) pro Jahr. Dagegen verdiente der chinesische Manager eines Joint Ventures mit rund 2.500 US\$ deutlich weniger. Für 1993 wurde die voraussichtliche Steigerung der Einkommen für die erstgenannte Gruppe chinesischer Manager mit 11,9% und für die zweite Gruppe mit 17,7% angegeben. Der Durchschnittslohn eines einfachen Arbeiters belief sich der Untersuchung Wyatt Co. zufolge ohne Zusatzleistungen auf 500 US\$ (2.900 RMB) pro Jahr. (IHT, 8.4.93) -schü-

Binnenwirtschaft

* (29)

Weltbank empfahl Verstärkung der makroökonomischen Steuerung

Wie die *Financial Times* am 25.8.93 berichtet, hat sich der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji im Juni d.J. an die Experten der Weltbank gewandt und um eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und notwendiger Maßnahmen gebeten. Auf einer dreitägigen Konferenz mit Weltbankfachleuten und ausländischen Wirtschaftsexperten sowie hochrangigen Vertretern aus dem chinesischen Finanzministerium, der Zentralbank und der Wirtschaftsreformkommission stand die Frage angemessener wirtschaftspolitischer Reaktionen auf den derzeitigen Wirtschaftsboom und krisenhafte Entwicklungen im monetären Bereich im Vordergrund.

Die Frage, ob die Wirtschaft als überhitzt zu bezeichnen sei, bejahten die Weltbankexperten eindeutig. Sie hätten in ihrer jährlichen Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, die

im Juni abgeschlossen wurde, dargestellt, daß das hohe Wachstum der Investitionen zu einem Preisanstieg bei Rohstoffen von fast 40% geführt habe. Auch sei ein starker Anstieg der Preise von Immobilien und Wertpapieren festzustellen gewesen und die Überschußnachfrage hätte Engpässe im Transportbereich und im Elektrizitätsangebot verursacht. Die Weltbank konstatierte: "It is clear that the economy is now overheating, and that growth at current rates is not sustainable". Allerdings, so die Weltbank, könne durch schnelles Handeln eine "harte Landung" vermieden und ein Wirtschaftswachstum von 8-9% aufrecht erhalten werden.

Im Zentrum der gemeinsam mit den Weltbankexperten geführten Tagung im Juni soll das Thema gestanden haben, wie die Regierung Kontrolle über das Finanzsystem ausüben und eine makroökonomische Steuerung durchführen könne, ohne die Entwicklung der Marktmechanismen abzuwürgen.

Nach Einschätzung der Weltbank sei es das zentrale Problem Chinas, daß die Zentralbank die monetäre Entwicklung nicht kontrollieren könne. So sei nur eine geringe Disziplin bei der Kreditvergabe der Banken und überhaupt keine Beschränkungen bei der Kreditvergabe durch intermediäre Finanzinstitutionen feststellbar, der Einsatz von Zinsen als monetäre Instrumente würde unzureichend genutzt und das Problem von Devisenabflüssen sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Zentralbank selbst habe sich sogar in zunehmendem Maße mit kommerziellen Aktivitäten beschäftigt.

Im Mittelpunkt der Empfehlungen der Weltbank standen Fragen der Kontrolle des Finanzsystems. Notwendig sei die Umstrukturierung der Zentralbank, damit sie die üblicherweise von einer Zentralbank geforderten Aufgaben durchführen könne. Hierzu zähle auch die Einstellung aller Aktivitäten, die ihrer Funktion nicht entsprechen, wie beispielsweise die Unterhaltung von Wertpapiergesellschaften und Investmentfonds. Weiterhin empfahl die Weltbank eine Erhöhung der Spar- und Kreditzinsen sowie eine Verschärfung der Kontrolle über das Bankensystem mit einer Reduzierung ihrer Liquidität durch Erhöhung der von den Banken zu haltenden Mindestreserve. Gleichzeitig sollten den Kreditobergrenzen Geltung verschafft und gegenüber allen Kreditinstitutionen verbindlich durchgesetzt werden. Die Weltbank riet auch zu Maßnahmen im

Hinblick auf einen einheitlichen Wechselkurs, mit einer Annäherung der Umtauschrates auf den Devisenwappmärkten an den offiziellen Wechselkurs.

Die Weltbank wies auch auf das Problem hin, daß die offizielle Aufforderung zu einem schnellen Wachstum die Lokalregierungen dazu ermuntert hätte, Kapitalinvestitionen auf Immobilien- und Industrieprojekte zu konzentrieren. Solchen Projekten seien Steuervorteile eingeräumt worden, indem die Baugebiete als Entwicklungszonen deklariert wurden. Finanziert durch leicht zugängliche Kredite hätten diese Projekte in hohem Ausmaß den Wirtschaftsboom mit verursacht und die Nachfrage nach Rohstoffen und deren Preise in die Höhe getrieben.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, daß die Weltbank China in dem Ende August veröffentlichten Bericht "China: Reform and Development 1992-93" empfohlen habe, neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen weitere Schritte zur Vertiefung der Reform zu unternehmen. Die Reformen müßten zum Ziel haben, daß die Regierung mit Instrumenten und Institutionen zur Durchführung einer makroökonomischen Steuerung ausgerüstet wird und die Unternehmen empfänglich für indirekte ökonomische Hebel werden. Die Marktwirtschaft bedeute für China nicht notwendigerweise weniger Regierung, sondern eine andere Form der Regierungsaktivitäten und die Definierung einer neuen Rolle für die Regierung. (XNA, 26.8.93)

Die Umsetzung der von der Weltbank empfohlenen Strategie begann bereits am 2. Juli d.J. mit der Übernahme der Position des Zentralbankpräsidenten durch Zhu Rongji. Dieser erklärte dann am 5.7.93, daß eine Adjustierung der Finanzordnung notwendig sei. Zum 11.7.93 wurden dann die Zinsen zum zweiten Mal nach der Zinserhöhung vom Mai angehoben. Durch Intervention der Zentralbank wurde der Wechselkurs der Devisenwappmärkte dem offiziellen Kurs angenähert. Banken wurden angewiesen, ihre Kreditrahmen einzuhalten und Interbankkredite untersagt. Außerdem wurde die Kontrolle über die Ausweitung der Entwicklungszonen verstärkt. Alle diese Maßnahmen erhielten ihr besonderes Gewicht durch die Entsendung von Untersuchungsgruppen in die Provinzen, die mit Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorgaben drohten.